

II=2105 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1059/15

1981-03-19

A N F R A G E

der Abgeordneten Neumann, Dr. Pelikan, Maria Stangl,
und Genossen

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Förderung der Fernwärmeversorgung

Der Ausbau der Fernwärmeversorgung in Österreich ist derzeit nicht sehr weit fortgeschritten, obwohl eine verstärkte Versorgung von Industrie, Haushalten und Büros mit Fernwärme eine Unzahl von Vorteilen gegenüber der jetzigen Situation bieten würde. Derzeit nutzen nämlich moderne thermische Kraftwerke konventioneller Bauart je nach Brennstoff nur 36 bis 40 % des Wärmegehaltes des Energieträgers zur Stromerzeugung. Die übrigen 60 bis 64 % gehen als Abwärme in die Atmosphäre oder in diversen Kühlwasseranlagen verloren. Durch die Nutzung des überwiegenden Teiles der Abwärme zur Deckung des Niedertemperaturbedarfes (Raumheizung, Warmwasser) mit Hilfe von Kraft-Wärmekupplungsanlagen und Fernwärmeverteilungssystemen kann jedoch der Wirkungsgrad bei kalorischen Kraftwerken auf 80 bis 84 % gesteigert werden.

Dies bedeutet eine Einsparung an Primärenergie von mindestens 40 % und stellt daher einen entscheidenden Beitrag zur Reduktion des Primärenergiebedarfes dar.

Der verstärkte Ausbau der Kraft-Wärmekupplung und der Fernwärmeversorgung könnte auch eine beträchtliche jährliche Ersparnis

- 2 -

bei den Energieimporten bewirken und damit die Handelsbilanz Österreichs entlasten. Eine vollständige Ausschöpfung des Potentials an möglicher Fernwärmeversorgung würde nach einer Studie der österreichischen Energieverwertungsagentur 12,2 % des jährlichen Primärenergiebedarfes Österreichs ersetzen. Aufgrund der technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ist es jedoch nach dieser Studie realistisch, daß nur 70 % aller möglichen Abwärmenutzungen und Fernwärmeversorgungen in Österreich verwirklicht werden. Eine theoretisch vollständige Ausschöpfung aller Abwärmegewinnungs- und Fernwärmeversorgungsmöglichkeiten würde nach der oben erwähnten Studie auf der Basis des ersten Halbjahres des Jahres 1980 eine jährliche Ersparnis bei den Energieimporten in der Höhe von 5,4 Mrd. S bewirken. Bei weiter steigenden Energiepreisen ist mit einer noch höheren Ersparnis zu rechnen.

Der Ausbau der Fernwärme verursacht zwar sehr hohe Kosten - was bisher den forcierten Ausbau des Fernwärmennetzes verhindert hat - die Investitionen gerade auf diesem Sektor bewirken jedoch die Schaffung von sehr vielen Arbeitsplätzen. Die Studie der Energieverwertungsagentur rechnet mit einem Investitionsvolumen von fast 70 Mrd. S und mit der Schaffung von 2.400 Dauerarbeitsplätzen für einen Zeitraum von 20 Jahren allein in der Bauwirtschaft mit dem Einsatz von jährlichen Förderungsmitteln von 400 bis 500 Mio. S (zum Vergleich: in der Bundesrepublik Deutschland wird der Ausbau der Fernwärmeversorgung mit ungefähr 500 Mio. DM jährlich gefördert). Neben den Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft würde jedoch darüber hinaus eine weitere große Anzahl von Arbeitsplätzen in der Maschinenbauindustrie und im Installationsgewerbe beim forcierten Ausbau des Fernwärmennetzes geschaffen. So haben Vertreter der Verstaatlichten Industrie in einer Sitzung des Unterausschusses des Rechnungshofausschusses, der sich mit dem Tätigkeitsbericht 1979 be-

- 3 -

faßt hat, mitgeteilt, daß sie bei einem verstärkten Ausbau der Fernwärme einen enormen Beschäftigungseffekt in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie erwarten. Nicht zuletzt ist auch darauf zu verweisen, daß bei verstärkter Anwendung der Fernwärmeverversorgung in Österreich es zu einer Unzahl von positiven Umweltauswirkungen käme.

Angesichts des Umstandes, daß das größte Hindernis für eine verstärkte Nutzung der Fernwärme darin liegt, daß enorme Investitionskosten für die Anwendung der Fernwärme notwendig sind und daher die Fernwärme nicht zu einem attraktiven Preis den Abnehmern angeboten werden kann, ist es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um den Fernwärmepreis konkurrenzfähig zu gestalten.

Im weststeirischen Raum wird derzeit ein Fernwärmeprojekt durch die STEWEAG errichtet, bei dem die Anschlußkosten für den einzelnen über 30.000 S betragen. Die STEWEAG hat für dieses Projekt eine entsprechende Förderung durch den Bund verlangt, wie es in vielen anderen Staaten schon üblich ist.

Angesichts all dieser Fakten stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

A n f r a g e:

1. Sind Sie bereit, das weststeirische Fernwärmeprojekt zu fördern?
2. Welche Beträge wollen Sie langfristig aufwenden, um die Abwärmenutzung und Fernwärmeverversorgung zu fördern?
3. Nach welchen Gesichtspunkten führen Sie die Förderung des Ausbaus der Fernwärmeverversorgung durch?

- 4 -

4. Wie viele Mittel haben Sie in den Jahren 1978, 1979 und 1980 zur Förderung der Fernwärme zur Verfügung gestellt?
5. Wie viele Mittel beabsichtigen Sie im Jahre 1981 für die Förderung der Fernwärme aufzuwenden?
6. In welcher Art und Weise beabsichtigen Sie den Ausbau der Fernwärme zu fördern?